

# «Schuss vor den Bug» für die Armee

Nach knappem Ja zum Zivildienstgesetz: Oberst fordert mehr Selbstkritik und weniger Schikane beim Militär.

Christoph Bernet

Am Ende manifestierten sich die nach den letzten Umfragen aufgekommenen Ängste der bürgerlichen Befürworter nicht: Mit 52,5 Prozent wird die Änderung des Zivildienstgesetzes angenommen.

Die Vorlage stand im Schatten der 10-Millionen-Schweiz. Sie generierte siebenmal weniger Medienberichte und 25-mal weniger Kampagnenausgaben als die SVP-Initiative.

## Viele Ja-Stimmen geben zu denken

«Froh, aber nicht stolz», zeigte sich Stefan Holenstein, Präsident des Verbands Militärischer Gesellschaften, nach Bekanntwerden der ersten Hochrechnung.

Doch das knappe Ja stimmt den Oberst im Generalstab nachdenklich. Der hohe Anteil der Nein-Stimmen sei ein «Schuss vor den Bug» für die Armee, sagt Holenstein.

In den Augen der Befürworter handelte es sich um eine moderate Reform, die in sicherheitspolitisch angespannten Zeiten die Armeebestände stärken soll. Holenstein gibt es zu denken, auf wie viel Widerstand diese gestossen ist.

Die Konsequenzen der nun angenommenen Änderungen dürften einigermassen überschaubar sein. Der Bundesrat erwartet zwar, dass «deutlich weniger» ausgebildete Soldaten nach bestandener RS und erfolgter Einteilung in die Armee zum Zivildienst wechseln. Im Abstimmungskampf sprach er von jährlich 40 Prozent weniger Zulassungen zum Zivildienst und 12 Prozent weniger geleisteten Diensttagen.

Doch die Landesregierung musste selbst einräumen, dass «keine zuverlässige Aussage über die tatsächlichen Auswirkungen möglich» sei. Der «Tages-Anzeiger» hatte errechnet, dass die Massnahmen nur für rund 1200 Wechselwillige einen Übertritt zum Zivildienst tatsächlich spürbar unattraktiver machen.



Nach der knappen Abstimmung über das Zivildienstgesetz wird aus der Armee Selbstkritik laut: WK-Soldaten auf dem Waffenplatz in Bure JU. Bild: Keystone

FDP-Nationalrat Heinz Theiler zeigt sich jedoch überzeugt, dass mit den voraussichtlich Mitte 2027 in Kraft tretenden Änderungen deutlich weniger Armeeangehörige zum Zivildienst wechseln.

Die Massnahmen stellten den Zivildienst nicht infrage und verunmöglichten auch niemandem den Wechsel: «Sie erhöhen einfach die Hürden für jene Ar-

meeangehörigen, in deren Ausbildung bereits viel Zeit und Geld investiert wurde und bei denen es zumindest fraglich ist, ob wirklich Gewissensgründe hinter dem Wechsel in den Zivildienst stehen.»

## «Wäre vorsichtig mit weiteren Angriffen»

Für Befürworter Stefan Holenstein vom Verband der Militäri-

schen Gesellschaften zeigt das knappe Ergebnis, dass «der Zivildienst in der Gesellschaft stark verankert ist». In diesem Punkt stimmt SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf (ZH) zu, die gegen die Vorlage gekämpft hat. Im Rahmen der Debatte sei es gelungen, aufzuzeigen, wo überall der Zivildienst zum Wohl der Gesellschaft im Einsatz ist. Dieses Ja zur Gesetzesänderung sei sicherlich kein Nein zum Zivildienst.

«Ich wäre deshalb vorsichtig mit weiteren Angriffen auf den Zivildienst», sagt Seiler Graf an die Adresse der Bürgerlichen. Im Parlament ist ein Vorstoss hängig, der die 2009 abgeschaffte Gewissensprüfung zur Zulassung zum Zivildienst wieder einführen will.

Und der Bundesrat strebt eine grundlegende Reform des Dienstpflichtmodells an, um die Alimentierung von Armee und Zivildienst langfristig zu sichern. Die vom Parlament bevorzugte Variante sieht eine Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst zu einem Katastrophendienst vor. Das würde das Ende des Zivildienstes in seiner heutigen Form bedeuten.

Für Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen und treibende Kraft hinter der Referendumsallianz, zeigt das «weitergehende Reformen nicht mehrheitsfähig sind». Sie hofft, dass das Parlament davon absieht. Ansonsten werde man wieder das Referendum ergreifen.

## Armee soll Traditionen hinterfragen

«Der Zivildienst ist unbestritten und wird auch von uns nicht infrage gestellt», sagt Stefan Holenstein vom Verband der Militärischen Gesellschaften. Er solle lediglich zurückgeführt werden auf seinen ursprünglichen, von der Verfassung vorgesehenen Zweck als Alternative für Personen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten. «Es empfiehlt sich aber sicher, eine Reform ausgewogen zu gestalten und politisch breit abzustützen», sagt Holenstein mit Blick auf das knappe Abstimmungsergebnis vom Sonntag.

Prioritär richtet sich sein Blick nun aber auf die Armee selbst. Die Stärke der Schweizer Milizarmee sei das Know-how, das ihre Angehörigen aus dem zivilen Leben mitbringen. Umso wichtiger sei die Vereinbarkeit von Militärdienst und zivilem Leben. «Hier haben wir noch sehr viel Luft nach oben.» Holenstein denkt etwa an eine Flexibilisierung und Modernisierung von RS und WK.

Die Armee habe zwar schon grosse Fortschritte bei der Führungs- und Ausbildungsqualität sowie der Kultur erzielt. Doch in Gesprächen erlebe er immer wieder, dass manche althergebrachten Traditionen bei motivierten Armeeangehörigen der jungen Generation als reine Schikane empfunden werden: «Warum man etwa in vielen WK erst am Samstagmorgen abtreten darf, das verstehen die wenigsten.» Hier müsse die Armee auch selbstkritisch die eigenen Traditionen hinterfragen, deren militärische Bedeutung heute teilweise ohnehin überholt sei.

Kommentar

## Knapper Sieg als Warnsignal

Die Sicherheitslage in Europa: angespannt. Die Daseinsberechtigung der Armee: unbestritten. Die Unterstützung von Bundesrat und bürgerlichen Parteien: geschlossen.

Dennoch hat die Änderung des Zivildienstgesetzes nur eine knappe Mehrheit der Stimmbevölkerung überzeugt – obwohl die Massnahmen überschaubar und auf jene Armeeangehörigen fokussiert waren, die erst nach der Rekrutenschule zum Zivildienst wechseln wollen.

Der hohe Anteil an Nein-Stimmen zeigt: Der Zivildienst und seine Leistungen werden in der Bevölkerung geschätzt. Nicht wenige liessen sich von den Gegnern dazu verleiten, in dieser moderaten Gesetzesrevision den ersten Schritt eines «Totalangriffs auf den Zivildienst» zu sehen.

Das ist ein schlechtes Omen für die geplante Reform des Dienstpflichtmodells, die den Zivildienst in seiner heutigen Form abschaffen und mit dem Zivilschutz zusammenlegen will. Eine solche Vorlage dürfte an der Urne scheitern.

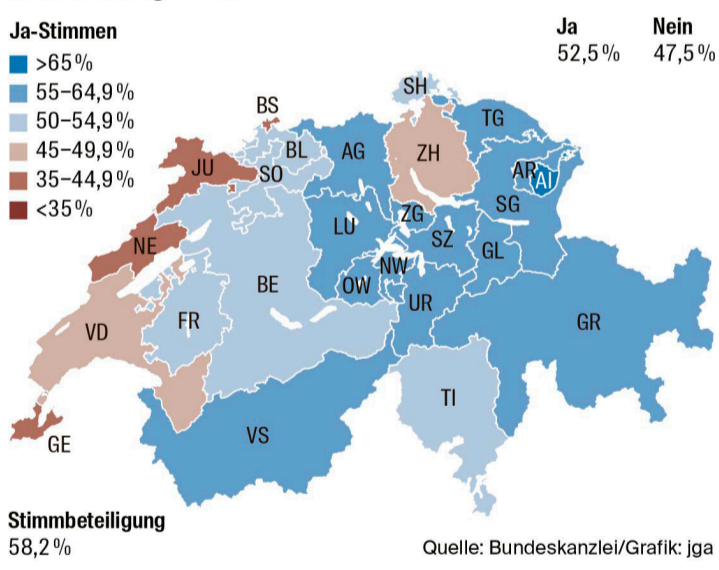
Eine Milizarmee lebt davon, dass die Dienstpflicht bestmöglich mit dem zivilen Leben vereinbar ist. Dies gelingt mit einem frischen Blick darauf, was eine moderne Armee ausmacht – und welche alten Zöpfe man abschneiden kann.

Bundesrat und Armeeunterstützer sollten ihre Energie für einen attraktiveren Militärdienst aufwenden – statt den Zivildienst scheinbar unattraktiver zu machen.



Christoph Bernet christoph.bernet@chmedia.ch

## Zivildienstgesetz



# Rauchverbot auf Spielplatz und kräftige Zugewinne für die SVP

In zahlreichen Gemeinden und Kantonen wurde gewählt und abgestimmt. Oft war die SVP die Siegerin.

Michael Graber

Die Diskussion um die 10-Millionen-Schweiz überstrahlte in den letzten Wochen die öffentliche Debatte. Aber auch in vielen Gemeinden und Kantonen wurde an die Urnen gerufen.

In Graubünden konnte die SVP einen Vollerfolg verbuchen. Sie zieht mit Valérie Favre Accola wieder in die Kantonsregierung ein. Damit kehrt die Volkspartei nach 18 Jahren in die Regierung zurück. Sie eroberte den Sitz des abtretenden Mitte-Regierungsrats Jon Domenic Parolini. Favre Accola hatte einen grossen Vorsprung auf

ihre Mitbewerber. Die anderen bisherigen Regierungsmitglieder wurden bestätigt. Die Bündner Exekutive setzt sich aus zwei Mitte-Politikern und je einer Person von SVP, SP und FDP zusammen.

## Steuern werden direkt vom Lohn abgezogen

Auch im Parlament wird die SVP stärkste Kraft. Sie gewinnt insgesamt 10 Sitze und kommt neu auf 35 Mandate im 120-köpfigen Rat. Hier musste die Mitte ebenfalls Federn lassen. Sie verlor insgesamt 6 Sitze. Auch die SP (-5 Sitze) und die FDP (-4) müssen Einbussen hinnehmen.

Neben der SVP gewannen einzig die Grünen (+5). Die Grünliberalen konnten ihre 7 Sitze halten.

Im Stadtkanton Basel sollen künftig die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden. 10 Prozent des Brutto-Lohns sollen direkt an die Steuerverwaltung fließen. Wer das nicht möchte, muss sich aktiv abmelden. Damit übernimmt Basel eine Pionierrolle in der Schweiz: Kein anderer Kanton kennt ein entsprechendes System. So sollen Steuerschulden vermieden werden. Angestossen hatte die Reform eine Initiative der SP.

In Baselland feiert die SVP ebenfalls: Sie nimmt mit Matthias Liechti wieder Einsitz in der Regierung. Der SVP-Kandidat vereinte 45'896 Stimmen auf sich, sein Kontrahent Philipp Schoch (Grüne) konnte 44'732 Stimmen für sich gewinnen. Damit ist die wählerstärkste Partei des Kantons auch wieder in der Exekutive. Die Grünen verlieren ihren Sitz.

In Wil SG braucht ein bekannter SVPler dagegen noch etwas Geduld. Nationalrat Lukas Reimann verpasste die Wahl in den Stadtrat im ersten Wahlgang. Zwar erreichte er das beste Ergebnis im ersten Wahl-

gang der Ersatzwahl, aber er verpasste das absolute Mehr. Der zweite Wahlgang findet im August statt.

In der Stadt St.Gallen gilt künftig auf allen öffentlichen Spielplätzen ein Rauchverbot. Die Stimmbevölkerung hat mit sehr grosser Mehrheit die Volksinitiative «Rauchverbot auf städtischen Spielplätzen» angenommen. Über 71 Prozent sprachen sich dafür aus, dass Tabak und andere Raucherwaren zwischen Rutschbahn und Ritiseil nichts verloren haben.

Im Kanton Schwyz scheiterte eine Volksinitiative der SP, die forderte, dass mehr

Prämienverbilligungen für die Krankenkassenprämien gesprochen werden. Das Ergebnis fiel mit 59 Prozent Nein-Stimmen deutlich aus. Die linken Initianten hatten wiederholt kritisiert, dass Schwyz bei den Prämienverbilligungen zu den Schlusslichtern in der Schweiz gehöre.

Im Kanton Zürich sind gleich drei Initiativen gescheitert, die sich mit dem Thema Wohnungsnot beschäftigten. Weder die Wohneigentumsinitiative noch die Wohnungsinitiative oder die Wohnschutzinitiative fanden eine Mehrheit. Zwei Gegenvorschläge wurden angenommen.